

Öffentliche Sitzung
des Haushaltsausschusses
am Mittwoch, den 12.07.2023
im großen Sitzungssaal des Rathauses

Beginn: 18:23 Uhr

Ende: 19:58 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Oberbürgermeister Richard Arnold

stellv. Vorsitzender

Herr Erster Bürgermeister Christian Baron

Herr Bürgermeister Julius Mihm

CDU

Herr Stadtrat Alfred Baumhauer

Frau Stadträtin Daniela Dinser

Herr Stadtrat Helmut Geiger

Herr Stadtrat Thomas Maihöfer

Herr Stadtrat David Sopp

Frau Stadträtin Brigitte Weiß

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Stadtrat Gabriel Baum

Frau Stadträtin Barbara Bijok

Frau Stadträtin Gertraude von Streit

SPD

Herr Stadtrat Dr. Uwe Beck

Frau Stadträtin Sigrid Heusel

sozial.ökologisch.links.

Herr Stadtrat Sebastian Fritz

Herr Stadtrat Alexander Relea-Linder

Freie Wähler Frauen Schwäbisch Gmünd

Frau Stadträtin Karin Rauscher

Die Bürgerliste Schwäbisch Gmünd

Herr Stadtrat Ullrich Lothar Dombrowski

Verwaltung

Herr René Bantel

Schriftführerin

Frau Melanie Bihlmaier

Verwaltung

Herr Gerhard Hackner

Herr Helmut Ott

Tagesordnung

=====

- 1** Aktuelle Information über den Stand der Haushaltsaufstellung zum Doppelhaushalt 2024/2025
- 2** Stellungnahme der Verwaltung zu den Anträgen der Fraktionen im Rahmen des Jahresfinanzzwischenberichts 2022
- 3** Bekanntgaben
- 4** Anfragen

Oberbürgermeister Arnold begrüßt die Mitglieder, die Presse und die Gäste recht herzlich zur öffentlichen Sitzung.

Er stellt die Beschlussfähigkeit und die ordnungsgemäße Ladung fest.

Es liegen keine Anmerkungen zur Tagesordnung vor.

zu 1 Aktuelle Information über den Stand der Haushaltsaufstellung zum Doppelhaushalt 2024/2025

Protokoll:

Oberbürgermeister Arnold äußert, das man nun die weiteren Schritte für den Rahmen präsentieren wolle.

Erster Bürgermeister Baron äußert, dass der Doppelhaushalt 2022/2023 etwas Neues gewesen sei. Es sei jedoch eine Erleichterung, da man mehr Zeit in den Vollzug investieren könne. Der Doppelhaushalt 2024/2025 werde anstrengend. Die Personalkosten würden erheblich steigen, insbesondere durch den Tarifanstieg. Er wolle das nicht in Frage stellen, aber man müsse es auch bezahlen und es ergebe sich ein strukturelles Defizit. Zudem habe man ein systematisches Defizit, denn, wenn man in einem Jahr bestimmte Einnahmen habe, wirke sich die Steuerkraftsumme zwei Jahre später auf die Höhe der Zuweisungen aus. Die Zuweisungen des Landes seien die Haupteinnahmequelle, die Kreisumlage führe zu hohen Ausgaben. 2022 habe man Rekorderlöse bei der Gewerbesteuer gehabt. 2024 werde man besonders wenig Geld bekommen und besonders viel ausgeben, hinzu würden die Personalkosten kommen. 2024 werde daher zu einem echten Problem. Es gebe aktuell ein Defizit in Höhe von 24 Mio. Euro im Ergebnishaushalt. Dieser müsste jedoch ausgeglichen sein, in der Theorie müsse er sogar ein Plus machen. Man sei momentan noch im Aufstellungsprozess. Man wolle Schwerpunktbereiche setzen, müsse aber auch Bereiche definieren, in denen man spare. Wichtig sei immer die Bildung und die Kinderbetreuung gewesen, die Bildung habe immer vor der Klammer gestanden. So habe man zum Beispiel Springkräfte in der Kinderbetreuung, dies hätten andere Städte nicht. Man wünsche sich zudem eine größere Flexibilität und Freiheit, sodass die Leitungen selbst steuern könnten. Dies würde die Kosten reduzieren, ohne dass die Qualität darunter leide. Zu einem schwierigen Haushalt würden auch immer die Einnahmen gehören. Die Gewerbesteuer, Einkommenssteuer und die Schlüsselzuweisungen seien die größten Blöcke. Man werde die Mieten erhöhen, außerdem die Verwaltungsgebühren. Anfang 2025 gebe es außerdem die Möglichkeit, eine Grundsteuer C zu erheben, von dieser Möglichkeit wolle man Gebrauch machen. So könne man dann auch das Ziel, Wohnraum in der Innenstadt zu schaffen, verfolgen.

Herr Bantel erläutert den Sachverhalt (siehe Anlage).

Oberbürgermeister Arnold äußert, dass man den aktuellen Stand präsentieren wolle. Man müsse auch prüfen, ob es eine Ko-Finanzierung gebe, dies spiele bei der Priorisierung auch mit rein.

Stadtrat Baum/Bündnis 90/Die Grünen äußert, dass das systematische und strukturelle

le Defizit sehr viele Gemeinden betreffe. Es sei ein Thema, das Schwäbisch Gmünd an höherer Stelle anbringen müsse, beispielsweise beim Städte- und Gemeindetag. Er erkundigt sich, ob es eine Gesprächsbereitschaft des Landes aufgrund der Lage gebe. Die verschiedenen Kategorien seien gut, um die Projekte einzuordnen. Der Gemeinderat sollte vor der Einbringung frühzeitig informiert werde. Bezüglich der Personalkosten müsse man sich auch die Frage stellen, ob zum Beispiel die Gartenschau Light 2024 nötig sei.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass der Städtetag mit dem Land in der Diskussion sei, die Rückmeldungen seien jedoch ernüchternd. Man habe die gesetzlichen Verpflichtungen, diese müsse man auch erfüllen. Man könne die Pflichtaufgaben kaum erfüllen. Übergeordnet stehe das Thema mit dem Landkreis. Alle hätten die Probleme im Gesundheitsbereich. Auch da müsse eine Lösung gefunden werden, weil man es nicht schultern könne. Man solle sich nicht so viel mit der Gartenschau Light versprechen hinsichtlich der Zahlen. Wichtig sei, dass man sich fokussieren müsse. Das, was die Ämter machen wollten, müsse konzentriert werden und man müsse einen Mehrwert schaffen. Man werde nicht wie bisher eine separate Gartenschau machen. Man habe ein Programm Grüne Urbanität und dort habe man Möglichkeiten, man habe die T&M, die auch entsprechend denken müsse, wie es mit den Veranstaltungen aussehe. So werde man versuchen, es zu fokussieren. Auch hier werde man in den Gemeinderat kommen. Man werde aufzeigen, wie Zusätzliches aussehen könnte und dann entscheide man. Man könne den Gemeinderat nicht mit den fertigen Zahlen im Haushalt konfrontieren, sondern werde im September in kleinerer Runde zusammenkommen.

Stadtrat Dr. Beck/SPD äußert, dass das Ziel, keine neuen Stellen zu schaffen, nicht haltbar sei. Es komme zum Beispiel die Ganztagesbetreuung an Grundschulen hinzu. Es könne nicht funktionieren. Für die Projekte in Kategorie 4 und 5 bedeute dies, dass diese jetzt schon auf den „Sandnimmerleinstag“ verschoben seien.

Erster Bürgermeister Baron antwortet, dass die Kategorien ein System seien, um eine Ordnung hineinzubringen. Die Kategorie 5 bedeute nicht, dass diese auf den „Sandnimmerleinstag“ verschoben seien, aber es seien auch Projekte, die unerlässlich seien. Es sei keine Priorisierung. Man mache einen Vorschlag und der Gemeinderat müsse dann sagen, wo man Änderungen haben wolle.

Stadtrat Baumhauer/CDU führt aus, dass von den letzten Jahren verwöhnt sei, es habe hohe Steuereinnahmen und niedrige Zinsen gegeben. Nun komme man in der Realität an. Realitätssinn erfordere auch, dass man bei den Investitionsmaßnahmen nur das fertig mache, was bereits begonnen worden sei oder wo Zuschüsse versprochen worden seien. Auch das werde man meistern.

Stadträtin Heusel/SPD äußert, dass der Realitätssinn auch erfordere, nur das anzusetzen, was umgesetzt werden könne. In den letzten Jahren seien dies nur 50 Prozent gewesen. Man müsse dann aber schauen, dass man die richtigen Dinge umsetze. Man wünsche sich daher eine aktualisierte Übersicht, welche Investitionen zu welchem Grab abgearbeitet worden seien. Außerdem solle man über die Kategorisierung bereits vor der Einbringung des Haushaltes sprechen, eventuell brauche man auch eine Kategorie 0 und 6, „noch nicht geplant, aber dringend notwendig“. Man müsse sich darüber verständigen, was man umsetze.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man nach Abschluss der Gespräche mit den Ortschaftsräten und Ämtern informieren werde.

Stadtrat Fritz/s.ö.l. ist der Auffassung, dass die Frage der Priorisierung das entscheidende Thema sein werde. Er wolle dafür werben, dass man sich im September intensiver damit auseinandersetze. Der Zielbeschluss laute, die Klimaneutralität bis 2035 zu erreichen. Man müsse daher sehr viele Maßnahmen umsetzen, um dieses Ziel zu erreichen.

Stadtrat Dombrowski/Die Bürgerliste bedankt sich für den Bericht. Die Annahme, dass die Zinsen ab 2026 wieder sinken werden, sei mutig. Das Problem sei, dass beim Landkreis eine erhebliche Investitionsbereitschaft vorhanden sei, so gebe es einen Neubau des Landratsamtes und die Frage der Klinik müsse geklärt werden. Auf die Entscheidungen des Kreistags habe man nur höchstbegrenzten Einfluss. Somit habe man auch nur begrenzt Einfluss auf die Entwicklung der Kreisumlage. Er appelliert an die Entscheidungsträger, den Spargedanken zu berücksichtigen und mit Maß und Mitte vorzugehen. Wenn die Zinsen in den Folgejahren auch bei vier oder fünf Prozent liegen würden und der Landkreis munter weiter baue, habe die Stadt einen Plan B? Was habe man für Möglichkeiten, zu streichen? Man müsse die Kernaufgaben erfüllen und den weitergehenden Bereich, auch wenn es schwerfalle, reduzieren. Es sei daher wichtig, dass man sich im September zusammensetze. Nicht nur dann, sondern regelmäßig im Abstand von vier oder sechs Monaten, um die problematischen Entwicklungen laufend zu betrachten.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man sich direkt nach den Sommerferien zusammensetzen müsse. Wenn man sehe, dass ein Euro Investition gleichbedeutend mit einem Euro Schulden sei, dann wisse man, was möglich sei. Das Maximum seien ein paar Millionen an Investitionen. Die Kreisumlage sei eine wichtige Stellschraube. Dies müsse fraktionsübergreifend beim Kreistag eingebracht werden, man greife es an. Zum Plan B äußert er, dass man den Haushalt wie eine Zwiebel betrachten könne und nur eine sehr kleine übrigbleibe. Jedoch sei auch wichtig, dass man sich bewusst sei, dass man die Verantwortung für eine intakte Stadtgemeinschaft habe. Man müsse aufpassen, dass man nichts kaputt mache. Man dürfe nicht so weit vorangehen, dass man etwas irreparabel beschädige. Dies würde dann viel mehr Investitionen in der Zukunft erfordern. Daher müsse man zum Beispiel in Spielplätze und Spielgeräte weiterhin investieren. 2024 werde ein schwieriges Jahr mit Blick darauf, eine lebens- und lebenswerte sowie sichere Stadt zu behalten. Bei vielen Projekten, zum Beispiel der Feuerwehr, wäre man gar nicht in der Lage, dies umzusetzen, weil die Planungen noch nicht reif seien. Man brauche daher gar nichts streichen, sondern man müsse es nur ordentlich aufarbeiten und dann zu einem späteren Zeitpunkt umsetzen.

Stadträtin Rauscher/Freie Wähler Frauen fühlt sich gut mitgenommen und auf die Gefühlslage, die auf einen zukomme, eingestimmt. Die Message sei angekommen, dass man den Gürtel wieder enger schnallen müsse. Die Prioritätenliste sei ein gutes Instrument, man müsse überwiegend die Pflichtaufgaben im Fokus zu behalten. Auch die Priorisierung unter den Pflichtaufgaben werde eine Herausforderung. Es werde kein Wunschkonzert, dies sei klar. Mit Blick auf die anstehenden Kommunalwahlen appelliert sie, dass man sich fraktionsübergreifend darüber bewusst sein solle, dass man nicht einzelne Steckenpferde hervorhole. Es seien die größten Herausforderun-

gen, die in der letzten Zeit angestanden seien. Man müsse in einen Austausch treten, was man plane, auch für die wieder besseren Zeiten. Die Gemeinschaft sei sehr wichtig. Man müsse den guten Konsens pflegen und dies als Basis immer im Hinterkopf behalten.

Oberbürgermeister Arnold betont, dass es auch sehr wichtig sei, die Bürgerinnen und Bürger mitzunehmen. Es gehe nicht immer um das Geld. Es gehe um Einstellung, Vorstellungskraft und Motivation. Es habe sich eingeschlichen, dass Bürger viele Wünschen am Rathaus abladen würden. Und man habe diese als Kunden behandelt, es gebe jedoch einen Unterschied zwischen Bürgern und Kunden. Man müsse darauf zurückkommen, dass man als Bürger auch eine Pflicht habe. Hier müsse man auch Angebote machen, dass die Bürger sich einbringen. Für Projekte seien viele zu haben, da sie sich nicht dauerhaft binden wollen würden. Insgesamt sei man auf einem guten Weg, man müsse nicht den Weg von Neukölln gehen. Man sei eine Bürgergesellschaft und sehe nicht alles bürokratisch. Es würden andere Ressourcen und eine andere Stimmung freigesetzt werden, für die man in Schwäbisch Gmünd bekannt sei. Da bekomme man Einiges hin.

Stadtrat Baum/Bündnis 90/Die Grünen betont, dass man sich noch nie an Neukölln gemessen habe und auch keinen Anlass dazu habe. Eine Dramatisierung in diese Richtung sei nicht zielführend. Ein Beispiel aus umliegenden Städten wären sinnvoller. Die Behandlung als Kunde komme aus dem modernen Verwaltungsverständnis zu Beginn der 2000er Jahre. Schwäbisch Gmünd sei eine Stadt des Ehrenamts. Die Anspruchshaltung sehe er in Schwäbisch Gmünd nicht in der Breite. Dies möge in einigen Bereichen, Schichten oder Gruppierungen so sein, aber man habe auch die andere Seite in Schwäbisch Gmünd. Bezüglich des Kommunalwahlkampfes äußert er, dass er der Überzeugung sei, dass man den Haushalt verabschieden könne, bevor der Wahlkampf in die heiße Phase gehe. Trotzdem habe man bestimmte Priorisierungen. In die Haushaltszeit 2024/2025 falle zudem der Oberbürgermeisterwahlkampf. Man habe noch keinen Kandidaten benannt, aber es sei auch eine Möglichkeit, sich hinzusteigern.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 20
nachrichtlich an Amt:

zu 2 Stellungnahme der Verwaltung zu den Anträgen der Fraktionen im Rahmen des Jahresfinanzzwischenberichts 2022
Vorlage: 138/2023

Protokoll:

Erster Bürgermeister Baron führt in den Sachverhalt ein und erkundigt sich bei den Fraktionen, ob diese mit den Stellungnahmen der Verwaltung zu den einzelnen Punkten einverstanden seien.

Punkt 1:

Stadtrat Baum/Bündnis 90/Die Grünen äußert, dass man einverstanden sei. Mit der schlüssigen Strategie sei gemeint gewesen, dass man sich im Klaren darüber sei, welche finanziellen Auswirkungen es habe und wann mit welchen Kosten zu rechnen sei. Man sehe, dass die Strategie bis zum 2035 im Laufe der Jahre immer wieder angepasst werden müsse. Man hätte sich dies bis zur Sommerpause gewünscht, dies liege nun leider nicht vor, aber man akzeptiere es.

Punkt 2: 10 Mio. Euro in erneuerbare Energien

Stadträtin Heusel/SPD äußert, dass man den Antrag zurückziehe und das Anliegen im Rahmen der Haushaltsberatungen vorbringen werde.

Punkte 3: Eintopf

Die antragsstellende Fraktion ist mit der Stellungnahme der Verwaltung einverstanden.

Punkt 4:

Die antragsstellende Fraktion ist mit der Stellungnahme der Verwaltung einverstanden.

Punkt 5:

Die antragsstellende Fraktion ist mit der Stellungnahme der Verwaltung einverstanden.

Punkt 6:

Die antragsstellende Fraktion ist mit der Stellungnahme der Verwaltung einverstanden.

Punkt 7:

Die Fraktion ist mit der Stellungnahme der Verwaltung einverstanden, merkt zu Punkt 7.5. jedoch an, dass der Gemeinderat frühzeitig hätte einbezogen werden sollen, da dieser bei der Entstehung ja auch einbezogen gewesen sei.

Auszug

zur weiteren Bearbeitung an Amt: 20

nachrichtlich an Amt:

zu 3 Bekanntgaben**Protokoll:**

Keine.

zu 4 Anfragen**Protokoll:**

Nachdem keine Anfragen vorliegen, schließt Oberbürgermeister Arnold die öffentliche Sitzung.

Für die Richtigkeit!

Den
Oberbürgermeister:

Den
Stadtrat:

Den
Schriftführer:

Den
Stadtrat: